

Haushaltsrede 2022 der CDU-Fraktion

(es gilt das gesprochene Wort)

Frau Stellvertretende Bürgermeisterin Hollenhorst, liebe Mitglieder der Verwaltung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer im Livestream:

Lassen sie mich beginnen mit einem Zitat, aus meiner Haushaltsrede vom letzten Jahr:

Es braucht Verlässlichkeit, es braucht Vertrauen, es braucht Politikerinnen und Politiker, die Verantwortung übernehmen und Handlungsfähigkeit beweisen und dafür standen und stehen wir als CDU. Und ich sage es an dieser Stelle, genau deshalb stimmen wir dem Haushalt zu.

Und ich sage dieses Jahr das gleiche Zitat: ... Aber genau deshalb stimmen wir dem Haushalt in diesem Jahr nicht zu.

Manch einen wird das nicht überraschen bzw. wird man sagen: Irgendwie deutete sich das ja an.

Für uns als CDU ist es ein Novum, in den 22 Jahren, in denen ich jetzt dabei bin, haben wir dem Haushalt immer zugestimmt. Und genau deshalb

haben wir uns auch die Entscheidung sehr schwer gemacht.

Wohlwissend, dass insbesondere der größten Fraktion immer eine besondere Rolle zukommt.

Meine Damen und Herren,

Gütersloh ist eine Stadt, in der es sich gut leben lässt. Hier gibt es viele hervorragend aufgestellte Firmen in Industrie und Handwerk, Handel und Dienstleistung, die für tolle Arbeitsplätze sorgen und wo gutes Geld verdient wird. In Gütersloh schlägt ein innovatives Herz. Im aktuellen Standortranking des Informationsnetzwerks Die Deutsche Wirtschaft (DDW)¹ hat es die Dalkestadt auf Platz 48 geschafft, 20 der 10.000 wichtigsten Mittelständler haben ihren Sitz in Gütersloh² und entsprechend niedrig sind die Arbeitslosenzahlen. Gütersloh ist zweifelsfrei eine, im Vergleich zu anderen Kommunen, wohlhabende Stadt.

Aber: das alles ist ja kein Selbstläufer. Das ist auch das Ergebnis richtiger Entscheidungen und Weichenstellungen in den letzten Jahren.

Und wir als CDU wollen, dass die Entwicklung unserer Stadt auch in Zukunft so positiv bleibt. Und genau darum geht es uns, meine Damen und

¹ vgl.: Das Standortranking: Deutschlands Städte im Wirtschaftcheck - Die Deutsche Wirtschaft (die-deutsche-wirtschaft.de)

² vgl.: Wegen Bertelsmann, Miele und Co.: Gütersloh unter den Top 50-Standorten | nw.de

Herren, wir sind in großer Sorge, dass das in Zukunft nicht so bleibt und wir wollen mit unserer heutigen Ablehnung den Finger in die Wunde legen und rechtzeitig gegensteuern.

Denn wir werden nicht immer das Glück haben, dass uns eine unverhoffte, viel zu hohe Gewerbesteuerausgleichszahlung in Höhe von 43 Mio. € durch den Bund beschert wird als Ausgleich für Corona-bedingte Steuerausfälle.

So konnte in den letzten Jahren eine Ausgleichsrücklage von 147 Mio. € erwirtschaftet werden. Machen wir wie jetzt vorgeschlagen weiter, sind nach 4 Jahren alle Reserven aufgebraucht und aktives Gestalten ist dann vorbei. Das scheint einigen Fraktionen im Rat mittlerweile aber völlig egal zu sein.

So weit wollen wir von der CDU es nicht kommen lassen.

Nur eine finanziell gesunde Kommune, bei der Einnahmen und Ausgaben im Einklang stehen, ist auch in der Lage, hohe Investitionen zu stemmen und insbesondere Umwelt- und Klimaschutz aktiv zu gestalten.

Aufgrund der hohen prognostizierten Unterdeckung von 156 Mio. € in den nächsten 4 Jahren ist es mehr denn je erforderlich, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Allein für

das kommenden Jahr liegt die prognostizierte Unterdeckung jetzt bei ca. 49 Mio. €.

In einer Worst-Case Betrachtung liegt die Verschuldung unserer Stadt aus Investitionskrediten im Jahr 2025 bei 267 Mio. €.

Wer uns vorwirft „dann erhöht doch erst einmal die Grund- und Gewerbesteuern“ dem halten wir entgegen: Das ist zum jetzigen Zeitpunkt ein völlig falsches Signal. Unsere Bevölkerung ist im Moment eh schon durch die hohe Inflation arg gebeutelt, viele Menschen kommen an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit. Gerade die Grundsteuer B ist eine nicht zu unterschätzende Belastung für Hausbesitzer bzw. Mieter, aber auch für viele Gewerbetreibende.

Wir wollen durch unsere Ablehnung zu Steuererhöhungen auch nicht der aus unserer Sicht falschen Ausgabenpolitik von Verwaltung, vor allem aber auch der drei Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und BfGT Vorschub leisten.

Wir sagen deutlich: Gütersloh hat in erster Linie ein Ausgabenproblem und kein Einnahmeproblem.

Durch unseren Antrag im Bildungsausschuss und PBI zu den Investitionen im Schulbau haben wir versucht, eine geordnete Struktur der millionenschweren Investitionen im Schulbau in den nächsten Jahren zu schaffen, versehen mit

einer Priorisierung der Baumaßnahmen. Leider haben sich die Mehrheitsfraktionen kaum auf eine Diskussion eingelassen. Es ist leider nicht einmal über mögliche Investitionssummen gesprochen worden.

Um nicht missverstanden zu werden, wir stehen uneingeschränkt zu vielen notwendigen Investitionen vor allem auch im Schulbau, wie wir das immer getan haben und so in den letzten Jahren viele Investitionen möglich gemacht haben.

Im Übrigen geht es aber nicht nur um Investitionen in Beton, sondern auch um pädagogische Inhalte.

Durch die Schaffung eines MINT-Zentrums (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) als außerschulischem Lernort hätte Gütersloh einen wegweisenden, in die Zukunft gerichteten Schritt gehen können. Güterslohs wirtschaftliche Stärke gründet sich zu großen Teilen aus produzierendem Gewerbe, angefangen vom Handwerksbetrieb bis zum Weltkonzern.

Damit das so bleibt, müssen diese Betriebe Nachwuchs an Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen generieren, vom Mitarbeitenden in der Produktion, über den Instandhalter / die Instandhalterin bis zum Ingenieur / zur Ingenieurin im Konstruktionsbüro. Ende 2021 fehlten in

Deutschland 465.000 Fachkräfte, doppelt so viel wie Anfang 2021.

Leider wurde auch dieser Antrag von den gegenwärtigen Mehrheitsfraktionen ohne stichhaltige Begründung abgelehnt, wohl eher aus ideologischen Gründen, weil es sich um einen Antrag der CDU handelt.

Kommen wir nun zum Stellenplan:

Nachdem wir im letzten Jahr dem neuen Bürgermeister und der Verwaltung noch knapp 50 neue Stellen genehmigt hatten - auch um Herrn Morkes einen guten Start zu ermöglichen - haben wir in diesem Jahr wohl eher eine kleine Verschnaufpause bei Stellengründungen erwartet, vergebens. Von den 33,75 zunächst von der VW vorgeschlagenen Stellen wollten wir ein Drittel, die wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht für zwingend erforderlich halten, streichen. Denn neben den weiter steigenden Personalkosten Richtung 100 Mio.€ verursacht jede neue Stelle Kosten des Arbeitsplatzes. Der Logik, dass jedes Jahr 3-4 % neue Stellen geschaffen werden, können und wollen wir als CDU-Fraktion nicht mehr folgen.

Umso bemerkenswerter ein Gemeinschaftsantrag von Bündnis 90 / Die Grünen, SPD und BfGT, 4 zusätzliche Stellen zu beantragen. Erstaunlich

auch deshalb, weil die Verwaltung sie nicht beantragt hat. Davon auszugehen, dass mehr Stellen auch immer in mehr Effizienz resultieren ist ein Trugschluss.

Warum soll zum Beispiel im Bereich Klimaschutz eine weitere Stelle geschaffen werden, wenn, wie aus der Verwaltung zu hören, nicht einmal alle Programme vor Ort umgesetzt werden, weil es an Kapazitäten von Handwerksbetrieben fehlt und die von der Stadt in 2021 eingestellten Haushaltsmittel nicht einmal abgerufen wurden.

Tatsachen, die von einer Mehrheit schlichtweg ignoriert werden. Keine Frage, die Art und Weise, wie die politische Mehrheit Dinge diskutiert und beschließt, ist für uns als CDU mehr als besorgniserregend. Es ist schlichtweg jegliches Augenmaß verloren gegangen.

Als Frau Lang bereits im Januar 2021 die Fraktionen abgefragt hatte, ob man sich vorstellen könne in Anbetracht der sich deutlich verschlechternden Haushaltssituation der kommenden Jahre erneut, wie 2010, in eine Aufgabenkritik einzusteigen, waren wir als CDU als einzige Fraktion dazu bereit.

Jetzt, ein Jahr später, ist das vordringlicher denn je. Wir werden in den nächsten Jahren Prioritäten setzen müssen, was ist zwingend erforderlich?

Was ist wirklich wichtig und was vielleicht nur wünschenswert? Und wird durch jedes Mittel auch der Zweck erreicht? Der Zweck heiligt nicht immer die Mittel.

Die CDU steht für Maß und Mitte, für Vernunft und Verhältnismäßigkeit. Den vielzitierten Begriff Nachhaltigkeit oder vielleicht auch Generationengerechtigkeit nehmen wir ernst wie kaum ein anderer. Denn Nachhaltigkeit ist für uns nach wie vor mehr als Umwelt- und Klimaschutz, Nachhaltigkeit vereint Ökologie, Ökonomie und Soziales.

Gerne hätten wir diese Themen nach wie vor in einem Geschäftsbereich gesehen. Frau Lang hat das über 14 Jahre hervorragend gemacht, vielen Dank dafür. Ihre mahnenden Worte insbesondere zum Schluss ihrer letzten Haushaltsrede vom November haben wir besonders ernst genommen. Auch wenn es jetzt noch verfrüht ist, sei dennoch gesagt: Die Stadt hat der Ersten Beigeordneten und Kämmerin durch ihre kluge und weitsichtige Vorgehensweise sehr viel zu verdanken.

Sie war in über 14 Jahren als Kämmerin das finanzpolitische Gewissen, ohne dabei die notwendigen Investitionen zur Weiterentwicklung der Stadt zu vernachlässigen.

Frau Lang war ein Glücksfall für Gütersloh,
herzlichen Dank an dieser Stelle liebe Frau Lang.

Unser Dank gilt wie immer allen Mitarbeitern und
Mitarbeiterinnen der Verwaltung für die
Unterstützung bei den Haushaltsplanberatungen.

Heiner Kollmeyer

- Fraktionsvorsitzender -

Ina Laukötter

- Finanzpolitische Sprecherin -